

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Matthias Manthei, Fraktion Freie Wähler/BMV

Renitenz bei Abschiebungen

und

ANTWORT

der Landesregierung

1. Wie viele Abschiebungen sind seit dem Jahr 2009 jährlich gescheitert?
2. Wie viele Abschiebungen sind seit dem Jahr 2009 jährlich wegen Renitenz der Abzuschiebenden gescheitert?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet.

Zur Beantwortung der Fragen wird auf die nachfolgende Übersicht verwiesen.

Jahr	Anzahl	Davon wegen Renitenz
2009	75	6
2010	64	12
2011	93	13
2012	134	4
2013	319	12
2014	737	29
2015	1.173	27
2016	900	37
2017	854	99
2018	919	148

3. Welche Konsequenzen für den Aufenthalt und die Unterbringung in Mecklenburg-Vorpommern hat Renitenz während des Abschiebeversuchs für die entsprechenden Personen?

Bei gescheiterten Abschiebungen verbleibt die betreffende Person zunächst in der Zuständigkeit der Erstaufnahmeeinrichtung beziehungsweise Ausländerbehörde. Die Geldleistungen zur Deckung des notwendigen persönlichen Bedarfs im Sinne des § 3 Absatz 1 Asylbewerberleistungsgesetz werden gekürzt. Zur Sicherung künftiger Abschiebungen kann Abschiebungshaft gemäß § 62 Absatz 3 Nummer 4 Aufenthaltsgesetz angeordnet werden.

4. Welche Konsequenzen hat aggressives Verhalten während des Abschiebeversuchs für die entsprechenden Personen?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen. Bei strafrechtlich relevantem Verhalten wird eine Anzeige erstattet.

5. Gibt es Anweisungen an Landespolizisten zur Verfahrensweise bei Renitenz während Abschiebeversuchen?
Wenn ja, welche (bitte angeben, ob diese mündlich oder schriftlich ergangen sind; gegebenenfalls kompletten Wortlaut, Datum angeben)?

Nein.

6. Wie viele Polizisten sind seit dem Jahr 2009 jährlich bei Abschiebeversuchen verletzt worden?
7. Wie viele der in Frage 6 genannten Polizisten waren anschließend dienstunfähig?

Die Fragen 6 und 7 werden zusammenhängend beantwortet.

Die Landesregierung führt über die Anzahl der bei Abschiebeversuchen verletzten Polizistinnen und Polizisten keine Statistik. Zur Beantwortung dieser Frage müssten alle vorliegenden Einsatzunterlagen von Hand einer entsprechenden Auswertung unterzogen werden. Dieser Rechercheaufwand ist im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage mit einem unzumutbaren Aufwand verbunden, der schon mit der aus Artikel 40 Absatz 1 Satz 1 Landesverfassung folgenden Pflicht zur unverzüglichen Beantwortung Kleiner Anfragen nicht zu vereinbaren ist.

8. In welchen Fällen von Renitenz werden Ermittlungsverfahren eingeleitet?

Sofern die gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen für eine Straftat vorliegen beziehungsweise erfüllt sind, werden entsprechende Ermittlungsverfahren eingeleitet.

9. In wie vielen der in Frage 6 genannten Fällen sind Ermittlungsverfahren eingeleitet worden?

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 6 und 7 verwiesen.